# Inhaltsübersicht


Vorwort

**1. Teil: Die Bekanntgabe von Verwaltungsakten (§ 41 LVwVfG)**

1.1 Allgemeines
1.2 Anwendungsbereich von § 41 LVwVfG
2. Das Institut der Bekanntgabe
2.1 Begriff:
2.2 Bekanntgabewille
2.3 Zugang
2.4 auch durch und an Dritte
3. Form der Bekanntgabe
3.1 Grundsatz der Formfreiheit
3.2 Ermessen
3.3 Keine "Ersatzbekanntgabe"
4. Zeitpunkt der Bekanntgabe
4.1 Mündlicher Verwaltungsakt
4.2 Schriftlicher Verwaltungsakt (vgl. § 41 Abs. 2 LVwVfG)
4.3 Elektronische Bekanntgabe (vgl. § 41 Abs. 2 LVwVfG).
5. Wirkung der Bekanntgabe
6. Treuewidriges Verhalten bei der Bekanntgabe
7. Nachweis der Bekanntgabe
8. Rechtsfolgen fehlerhafter Bekanntgabe
8.1 Unwirksamkeit des Verwaltungsaktes
8.2 Kein Lauf von Rechtsbehelfsfristen
8.3 keine Heilungsmöglichkeiten
9. Adressaten der Bekanntgabe
9.1 Bekanntgabe an bestimmte Beteiligte
9.2 Bekanntgabe bei fehlender Handlungsfähigkeit
9.3 Bekanntgabe an mehrere Beteiligte
9.4 Bekanntgabe an Bevollmächtigte (§ 41 Abs. 1 S. 2 LVwVfG)
10. Zulässigkeit der öffentlichen Bekanntgabe
10.1 Öffentliche Bekanntgabe nach § 41 Abs. 3 LVwVfG
10.2 Die öffentliche Bekanntgabe nach § 41 Abs. 4 LVwVfG

**2. Teil Die förmliche Bekanntgabe durch Zustellung**

1. Die Zustellung von Verwaltungsakten
1.1 Allgemeines
1.2 Begriff der Zustellung
1.3 Zustellung anstelle der Bekanntgabe
2. Gemeinsame Vorschriften für alle Zustellungsarten
2.1 Zustellung an mehrere Adressaten
2.2 Zustellung an gesetzliche Vertreter
2.3 Zustellung an Behörden usw.
2.4 Zustellung nur an Bevollmächtigte (§ 7 VwZG/LVwZG)
2.5 Zustellung an Ersatzpersonen
3. Zustellungsarten
4. Zustellung durch die Post
4.1 Zustellung durch die Post mit Zustellungsurkunde
4.2 Die Urkunden
4.3 Arten der Ersatzzustellung
4.3.1 § 178 ZPO: Ersatzzustellung in der Wohnung, im Geschäftslokal oder in Gemeinschaftseinrichtungen,
4.3.2 § 180 ZPO: Ersatzzustellung durch Einlegen in den Briefkasten
4.3.3 § 181 ZPO: Ersatzzustellung durch Niederlegung
4.3.4 § 179 ZPO: Zustellungsfiktion
5. Die Zustellung mittels eingeschriebenen Briefes, § 4 VwZG
5.1 Einschreiben-Arten
5.2 Nachweis der Zustellung
5.2.1 3-Tages-Fiktion
5.2.2 Die AGB der Deutschen Post AG (AGB Brief National)
6. Zustellung durch die Behörde mittels Empfangsbekenntnisses, § 5 VwZG
6.1 Zustellung durch Aushändigung
6.2 Ersatzzustellung
6.3 Zustellung durch die Behörde auf andere Weise
6.4 Elektronische Zustellung, § 5 Abs. 5 LVwZG
6.4.1 Allgemeine Voraussetzungen
6.4.2 Nachweis, § 5 Abs. 7 LVwZG
7. Zustellung im Ausland (§ 9 VwZG bzw. § 10 LVwZG)
7.1 Allgemeines
7.2 Arten der Zustellung im Ausland
7.3 Völkerrechtliche Zulässigkeit
7.4 Nachweis der Zustellung
8. Öffentliche Zustellung (§ 10 VwZG bzw. § 11 LVwZG)
9. Heilung von Zustellungsmängeln (§ 8 VwZG bzw. § 9 LVwZG)
9.1 Allgemeines
9.2 Erforderlichkeit der Heilung
9.3 Ausschluß der Heilung
9.4 Heilung nach § 9 LVwZG

**Anlagen**

1. Text LVwZG
2. Synopse (Auszüge aus verfahrensrechtl. Vorschriften
3. Anwendungshinweise zum LVwZG, Stand 24.10. 2007
4. §§ 177 ff. ZPO
5. PostG (Auszug)
6. PostuniversaldienstleistungsVO
7. ZustellungsvordruckVO u ÄnderVO
8. AGB Post AG national und international
9. Einschreiben
10. Runderlaß des Auswärtigen Amts vom 25.06.2007 zur Zustellung in Verwaltungs - und anderen Angelegenheiten ins Ausland
11. Öffentl. Bekanntmachungssatzung/Allgemeinverfügung
12. Rundschreiben Baden-Württemberg. Städtetag
13. VertrauensdiensteG
14. Wikipedia: Elektronischer Rechtsverkehr
15. Amtliche Begründung zur LVwZG-Novelle 2007

Anhang Rechtsprechung